

Berlin ist das tiefrote Labor des Staatssozialismus

Ein Kommentar von Eric Gujer, (Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung»), www.nzz.ch, 21.06.2019

Deutschland geht es gut. Die Wirtschaft wächst seit rund zehn Jahren konstant, die Löhne ebenso. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weniger weit offen als in den meisten westlichen Industriestaaten. Deutschland hat also etwas zu verteidigen, und genau das ist sein Problem. Zwar wird nirgends in Europa so inbrünstig geklagt wie in der Bundesrepublik, aber eigentlich wissen die Menschen sehr genau, wie gut es die Geschichte gerade mit ihnen meint. Entsprechend hartnäckig versuchen sie, das Erreichte zu bewahren und alle Neuerungen zu verhindern. Deutschland geht es zu gut, denn es ist saturiert und zufrieden, und das bremst den Fortschritt.

Längst regiert eine Allianz der Blockierer und Bewahrer, bestehend aus SPD, Grünen, Linkspartei, Teilen der Union und AfD. Ja, auch die Populisten gehören seit geraumer Zeit zu diesem Klub, auch wenn die anderen sie wie Parias behandeln. Inhaltlich liegen sie aber in einigen Fragen gar nicht so weit auseinander, sieht man einmal davon ab, dass sich die AfD noch verbissener als andere an eine verklärte Vergangenheit klammert. Alle Parteien wollen den Markt ausschalten, alle setzen auf staatliche Eingriffe und Transferleistungen, um eine «gerechte Gesellschaft» zu erreichen. Alle haben einen Schuldigen, den sie für die Zumutungen des Wandels verantwortlich machen. Für die AfD sind es die Ausländer, für die anderen der Kapitalismus. Nur die FDP und Teile der Union machen dabei nicht mit, aber die politische Konkurrenz und willfährige Medien haben die Spielverderber längst als «Neoliberale» geächtet.

Das Labor des strukturkonservativen Staatssozialismus ist das – wie in den zwanziger Jahren – tiefrote Berlin, wo auf Landesebene ein Bündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen regiert. Der Senat verabschiedete deshalb diese Woche einen Gesetzentwurf, der die Mieten auf fünf Jahre einfrieren will. Dieses Vorhaben demonstriert eine von links bis rechts reichende Geisteshaltung, die mit einer beinahe blindwütigen Abwehrhaltung auf Veränderungen reagiert. Seit einem Jahrzehnt wächst die Berliner Wirtschaft schneller als der Bundesdurchschnitt, auch 2018 war sie klarer Spitzenreiter. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm in den letzten drei Jahren um 170 000 zu, die Arbeitslosigkeit sank erstmals unter 10 Prozent. Berlin, vor einigen Jahren noch als verschlafene Provinzstadt im märkischen Sand verspottet, hat sich in eine Boomtown verwandelt. Diese Entwicklungen haben natürlich auch Schattenseiten. Immer mehr Menschen möchten in der attraktiven Hauptstadt leben und suchen eine Bleibe. Während Altmieten im Durchschnitt noch traumhaft günstige 6,72 Euro pro Quadratmeter bezahlen, sind die Neumieten deutlich gestiegen. Eigentlich handelt es sich dabei um ein wertvolles Preissignal des Marktes. Ein Gut wird knapper, folglich steigt sein Preis. Entsprechend sparsam geht man mit dem teuren Angebot um. Neue Marktteilnehmer werden angezogen, sie wittern Verdienstmöglichkeiten und engagieren sich, etwa durch den Bau von Wohnungen. Der Berliner Senat verhält sich indes wie

der venezolanische Diktator Nicolas Maduro, der sich über die galoppierende Inflation ärgerte und den Läden deswegen kurzerhand Preiserhöhungen verbot. Die Landesregierung schnippt mit den Fingern, und sofort herrschen auf dem angespannten Wohnungsmarkt paradiesische Zustände. Voodoo-Wirtschaft funktioniert weder in Caracas noch in Berlin.

Venezolanische Paradiese stehen in Berlin gerade hoch im Kurs. Dazu passt eine Initiative, die genügend Unterschriften gesammelt hat, um ein Referendum über die Enteignung von großen Immobilienbesitzern auf den Weg zu bringen. Staatlicher Zwang soll den Status quo zementieren. [...] Das Verbot von Mieterhöhungen privilegiert Altmieten, Menschen mit Besitzstand also. Ihr Paradies ist für weitere fünf Jahre gesichert. Die Plafonierung verschlechtert hingegen die Chancen von Neuankömmlingen, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Man muss kein Finanzgenie sein, um den Zusammenhang zu verstehen: Menschen drängen nach Berlin, zugleich geht die Neubautätigkeit wegen der Staatseingriffe zurück, entsprechend verschärft sich der Wohnungsmangel.

Der Mietendeckel ist eine Metapher für Deutschland. Wie der Berliner Altmieten verteidigt das ganze Land seinen Besitzstand gegen die Zumutungen einer sich wandelnden Welt. Die lange Zeit hohen Wachstumsraten schwächen sich ab. Eine Vorzeigebbranche wie der Automobilbau hat das Zeitalter der Elektromobilität verschlafen und muss nun große Summen investieren, um seine Vormachtstellung zu verteidigen. Der Ausgang ist ungewiss, zumal die Diesel-Debatte die Unternehmen zusätzlich belastet. Es ist daher nicht ausgemacht, dass Deutschland in zehn Jahren noch genauso gut dasteht wie heute. Die Bundesregierung glaubt nicht im selben Umfang wie der Berliner Senat an die Segnungen der venezolanischen Wirtschaft, aber auch sie setzt auf Intervention. Wirtschaftsminister Peter Altmaier glaubt, durch staatliche Planung nationale Champions in der Industrie identifizieren und fördern zu können. In der DDR nannte sich das noch NÖSPL, das neue ökonomische System der Planung und Lenkung. [...]

Wenn das System irgendwann doch zusammenbricht, fällt die Bilanz dann meist umso teurer aus. So gab die Bundesrepublik viel Geld für den Erhalt des nicht mehr konkurrenzfähigen Steinkohlebergbaus aus. Gleichwohl musste die letzte Zeche 2018 schließen. Die rund 100 Milliarden Euro an Subventionen, die seit den siebziger Jahren geflossen sind, haben an den wirtschaftlichen Problemen des Ruhrgebiets nichts geändert. Im Gegenteil: Heute gehört der Pott zu den ärmsten Regionen in Deutschland. Vor allem schafft das Status-quo-Denken nichts Neues, kein Facebook, kein Google, keinen Tesla, keine einzige der erfolgreichen Firmen aus dem Silicon Valley. Der technologische und gesellschaftliche Fortschritt wird ausgeschaltet.

Der Höhenflug der Grünen liegt nicht nur am Versagen der anderen

Eine Kolumne von Dieter Schnaas, 13.10.2018, Wirtschaftswoche

Dass Ministerpräsident Markus Söder und die Horst-Seehofer-CSU schlecht abschneiden bei der Landtagswahl in Bayern, hat viel mit Markus Söder zu tun, viel mit Angela Merkel, Horst Seehofer und den „Berliner Verhältnissen“ – und viel mit einer CSU, die sich aus lauter Angst vor der AfD entbürgerlicht hat – und in den Sommermonaten auf den Gedanken verfiel, das Thema Migrationspolitik mit rechtspopulistischen Begriffen („Asyltourismus“) vergiften und die blau-weiße „Heimat“ kreuzritterlich abgrenzen zu müssen gegen einen von ihr „niqab“-dämonisierten Islam.

Bleibt die Frage offen, warum ausgerechnet die Grünen vom Abschwung der CSU in Bayern (und der Union in Deutschland) gegenwärtig besonders profitieren – vor der FDP, dem bürgerlichen Traditionsbündnispartner der Union, vor den Freien Wählern – und auch noch vor der AfD, die in Westdeutschland ihre besten Tage gesehen haben dürfte.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Die große Koalition in Berlin ist unbeliebt, bei den politischen Partnern ebenso wie bei den Wählern. Die programmatische Leere der Union ist so umfassend wie die historische Mission der SPD erfüllt ist, spätestens seit der Durchsetzung des Mindestlohns.

[...] Die Attraktivität der Grünen hat auch viel mit den Grünen selbst zu tun. Und mit der Schwäche der Liberalen. Zunächst: Die Grünen haben nach der Bundestagswahl 2017 ihre Parteispitze ausgetauscht. Cem Özdemir gab den Parteivorsitz im Januar ab, obwohl er neben den Institutionspolitikern Wolfgang Schäuble (CDU/Bundestagspräsident) und Frank-Walter Steinmeier (SPD/Bundespräsident) zu den beliebtesten deutschen Politikern gehört. Das hatte die paradoxe Folge, dass es keine andere Partei derzeit in punkto Sympathievermutung mit den Grünen und ihrem Spitzenpersonal aufnehmen kann.

Annalena Baerbock (37) und Robert Habeck (49) personifizieren Lebensnähe, Unverbrauchtheit, Veränderungswillen, und in Oppositionszeiten werfen derlei Eigenschaften allemal höhere Renditen ab als Qualifikation, Sachkompetenz und Detailkenntnis. Zumal dann, wenn der politische Gegner den Grünen immer noch reflexhaft Seriosität abspricht, um sie sich selbst indirekt zuzuschreiben: ein Hochmut, den vor allem junge Wähler heute leicht durchschauen und abstrafen. [...]

Kein Wunder also, dass die Grünen ihren lange schon eingebüßten Ruf als Bürgerschreck endgültig verloren haben. Sie regieren in neun Bundesländern mit, sie stellen im Autoland Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten und in Daimler-Stuttgart den Oberbürgermeister – und niemand war in den Jamaika-Wochen nach der Bundestagswahl 2017 so regierungs- und kompromissbereit wie die gestaltungshungrigen Grünen.

Es grenzt daher ans Lächerliche, dass Markus Söder auf den letzten Metern des Wahlkampfes auch noch eine Art „Grüne-Socken-Kampagne“ anzettelte und das dümmste aller Scheinargumente aus der Wahlkampf-Mottenkiste der Neunzigerjahre hervorzauberte: Die Grünen stünden für eine „ideologische Verbotskultur“ und seien daher „so in der Form nicht koalitionsfähig“.

Dabei dürfte Söder wissen, dass sie es selbstverständlich sind. Und dass die Deutschen gegen ein paar Verbote überhaupt nichts einzuwenden hätten. Gegen ein Verbot bestimmter Formen des Derivatehandels etwa. Gegen Verbote bestimmter Formen der Steuergestaltung internationaler Konzerne. Gegen Verbote der kostenlosen Datenabschöpfung, der Bürgerüberwachung, der Braunkohleverstromung und von Verbrennungsmotoren (ab 2030 oder 2035).

Tatsächlich ist es nämlich so: Die Grünen und ihre politischen NGO-Ableger (Attac, Greenpeace) haben schon vor 20, 30 Jahren vor dem Klimawandel, dem Finanzkapitalismus und dem Autowahnsinn gewarnt – nicht sie also, sondern die wirtschaftsliberalen Eliten litten jahrzehntelang unter „platonischen Fehlschlüssen“ und kognitiven Verzerrungen – unter der Vorstellung, die Welt sei voller weißer Schwäne (Nassim Nicholas Taleb). An die Kraft von „Selbstverpflichtungen der Wirtschaft“ jedenfalls glaubt nach Hunderten von Deutschbank-Prozessen und endemischem Volkswagen-Betrug niemand mehr, im Gegenteil: Die beiden Konzerne dürfen froh sein, dass so viele deutsche Kunden ihnen überhaupt noch die Treue halten.

Hinzu kommt: In einer Welt, die die Deutschen seit zehn Jahren als krisenhaft erfahren, als schwer verstehbar (Banken- und Eurokrise), als unübersichtlich (Syrien-Konflikt) und auf entfernte Weise riskant (Klimawandel) – ohne zugleich persönlich von der Krisenhaftigkeit der Welt direkt betroffen zu sein –, wächst das Bedürfnis nach einer normativen Idee, die, wenn nicht Heilung, so doch Orientierung verspricht.

Politik bekommt wieder eine politische Dimension. Die AfD schöpft die Repolitisierung der Gesellschaft auf ihre Weise ab. Doch auch die (meisten) anderen Deutschen, die den Glauben an völkische Lösungen verloren haben, die gegen Hetze und Nationalheilslehren immun sind, wollen wieder auf Ziele hinarbeiten: Ihnen darf und muss Politik Sinnangebote unterbreiten, Horizonte weiten, Dimensionen eröffnen. Sie schätzen Politiker, die aus guten Gründen Ziele verfolgen, bevor uns die Probleme einholen.

Die Grünen bieten den Deutschen eben das: Sie schicken Politiker in die Wahl- und Talkshow-Arenen, die einerseits die Begrenztheit ihres politischen Handelns offen anerkennen, die aber andererseits ihr Programm mit einem „Surplus“ der Moral, der Wertegebundenheit und der Redlichkeit anreichern. Anders als viele Politiker in Union und FDP sind sie paradoxerweise *in all ihren Zweifeln zutiefst überzeugt* von dem, was sie tun. Dadurch wirken sie nicht nur sympathisch, sondern auch souverän.

Der vielleicht wichtigste Grund für den Höhenflug der Grünen aber liegt in der gegenwärtigen Krise des klassischen Liberalismus – und in einer FDP, deren Selbstbezeichnung als „Freiheitspartei“ heute nicht mehr verlockend, sondern teils bedrohlich klingt: als Freiheit, die sich Banker und Silicon-Valley-Libertäre, Superreiche und Steuerhinterzieher, Konzernmanager und SUV-Fahrer herausnehmen auf Kosten ehrlicher Steuerzahler. [...]

Die Selbstzerstörung der SPD

Eine Kolumne von Thomas Fricke, 31.05.2019, Spiegel-Online.

Frage des Charismas?

Jetzt ist schon der eine oder andere Kommentar darüber verfasst worden, ob die SPD genug für die Leute tut. Und wo orakelt wird, wie sehr es den wechselnden Parteiführungen an etwas mangelt - Charisma oder so. Klar. Waren jetzt alles keine Obamas. All das kann allerdings nicht ernsthaft erklären, wie atemberaubend es die Sozialdemokraten erwischt hat. Da muss etwas Gravierenderes passiert sein - etwas, das ebenso atemberaubende Züge trägt wie der Sozi-Absturz.

Eine Möglichkeit wäre das Folgende. Nimmt man gängige Indikatoren dafür, wie sehr in Deutschland die Einkommensverhältnisse auseinanderdriften, gab es in der Vergangenheit recht stabile Phasen, in der hohe und niedrigere Einkommen sich einigermaßen gleich entwickelten, die Abstände zumindest nicht viel größer wurden. Etwa in den Neunzigerjahren. Oder in den konjunkturell relativ guten Jahren unmittelbar vor und nach der großen Finanzkrise 2008/09. Zwischen diesen Blöcken aber gab es einen Bruch. Dramatisch auseinandergedriftet sind die verfügbaren Einkommen der Leute im Land vor allem: zwischen 1999 und 2005 - also exakt in jenen sechs Jahren, in denen die SPD erstmals seit Ewigkeiten den Kanzler stellte, zwischen dem Wahlsieg von Rot-Grün Ende 1998 und der Abwahl von Gerhard Schröder im Herbst 2005.

Der Befund zieht sich durch alle Daten. Einen historischen Anstieg gab es von 1999 bis 2005 beim Verhältnis der obersten zu den untersten Einkommen, wie sie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) regelmäßig ermittelt. Gleichzeitig fallen die verfügbaren Einkommen der untersten zehn Prozent - und beginnt sich der Zuwachs bei den obersten zehn Prozent zu beschleunigen. [...] Eine Zeitenwende. Seither haben sich die Verhältnisse nicht mehr umgekehrt.

Jetzt wäre es unredlich, das alles nur dem armen Gerhard Schröder und seiner unglücklichen Agenda zuzuschreiben. Zumal die Reformen so richtig erst 2003 starteten. Das kann 1999 also nicht erklären. Zum Auseinanderdriften dürfte ebenso beigetragen haben, dass durch die Tarifflicht von Betrieben seit Mitte der Neunzigerjahre immer mehr Beschäftigte nicht mehr nach Tarif bezahlt wurden; oder dass es keine Steuer mehr auf Vermögen gab, was kurz vor Rot-Grün kam. Und dass es in der Krise bis 2005 immer mehr Arbeitslose gab, die per Definition dann natürlich auch weniger Geld haben. Nur macht es all das erstens für diejenigen auch nicht besser, die nun einmal just zu Zeiten des Sozi-Kanzlers auf die eine oder andere Art zu spüren bekamen, dass sie (relativ) ärmer wurden.

Umverteilung ja - aber von unten nach oben

Zweitens hat das, was der gute Agenda-Kanzler zu seiner Zeit dann noch beschließen ließ, den ohnehin

schon fatalen Trend womöglich entscheidend verschärft. Weil Deutschland nach damals gängiger Gaga-Diagnose sonst angeblich nicht mehr zu retten war, mussten für die Oberen Spitzensteuersätze historisch gesenkt werden während denen am unteren Ende über alles Mögliche Druck zu machen war, um die Löhne zu senken. Etwa indem es nicht mehr so lange Arbeitslosengeld gab; oder indem selbst Höherqualifizierte irgendwelche Billigjobs annehmen mussten; oder über die größte Liberalisierung von Leiharbeit und die völlig widersinnige Abschaffung der Meisterpflicht. Was durch die neue Billigkonkurrenz ebenso den Druck erhöhte - und gewirkt hat. Selten ist de facto so viel Geld von unten nach oben verteilt worden wie - unter Sozi-Kanzler Schröder.

Und das alles, ohne dass das ökonomische Versprechen eingelöst wurde, wonach dank der Reformen am Ende alle mehr Einkommen haben. Heute kriegten trotz wirtschaftlicher Erholung viel mehr Leute nur einen Niedriglohn als vor der Agenda-Zeit. Aufstieg durch Verzicht? Von wegen. Um es wähleratmosphärisch auf den Punkt zu bringen: Da hat nach gut eineinhalb Jahrzehnten Kohl-Regentschaft endlich - aus Sicht der damals noch recht zahlreichen SPD-Anhänger - wieder die Partei der kleinen Leute regiert. Mit dem Ergebnis, dass die kleinen Leute am Ende erstmals seit Jahrzehnten weniger Geld hatten als davor. Was es in der gesamten Zeit von Helmut Kohl zuvor und Angela Merkel danach nicht gab.

Ob komplett oder nur halb selbstverschuldet - oder vom damaligen ökonomischen Zeitgeist verirrt: Das war für die Sozialdemokratie dann einfach ähnlich geschäftsfördernd, als würden [...] beim Veggie-Bäcker plötzlich Steaks im Körbchen liegen. Da ist die Kundschaft nachhaltig irritiert. Und weg.

Komplettausfall

Und da reicht es auch nicht mehr, das eine oder andere Brötchen daneben zu legen - und, auf die Sozis übertragen, hier und da mal Mindestlöhne oder Basisrenten einzuführen. Nach einem derartigen Komplettausfall gilt es, diejenigen, die sie früher einmal gewählt haben, wieder davon zu überzeugen, dass es für kleinere Leute nicht nur soziale Notfallmittel, sondern künftig garantiert mehr Zuwachs an Einkommen gibt als für alle anderen. So wie es die Vereinten Nationen als Ziel ausgegeben haben, damit die Kluft sich, logisch, wieder schließen kann.

Die Alternative liegt arithmetisch nahe: dass die Verhältnisse weiter auseinanderdriften. So wie sie es nach jüngsten Schätzungen schon wieder zu tun begonnen haben. Was wiederum erklären könnte, warum es auch für die Sozis einfach nicht besser wird. Zeit für einen viel größeren Schnitt.

Klima-Demonstrationen: Der Protest organisiert sich selbst

Eine Analyse von Tina Groll, www.zeit.de, 26.03.2019

Die regelmäßig freitags stattfindenden Demonstrationen für mehr Klimaschutz sind – zumindest in Deutschland – vor allem ein Protest der gut gebildeten Mittelschichtkinder. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind jung, überwiegend weiblich und politisch meist sehr gut informiert. Fragt man sie nach dem Grund ihres Engagements, sagen fast alle, es gehe ihnen um die Zukunft. Das besagt eine Studie, die das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) am Dienstag vorgestellt hat.

Demnach sind rund 60 Prozent der Demonstrierenden Mädchen und junge Frauen. Mehr als die Hälfte stammt aus einem Akademikerhaushalt, und mehr als 90 Prozent streben das Abitur an oder haben die Prüfung bereits absolviert. Der überwiegende Teil hofft, durch die Fridays-for-Future-Proteste die Politik zum Handeln bewegen zu können.

Für die Studie befragten die ipb-Forscher rund 680 Menschen, die am 15. März 2019 an den Kundgebungen in Berlin und Bremen teilgenommen hatten. Mit manchen führten sie gleich während der Protestveranstaltungen ein Interview. [...]

In acht weiteren europäischen Ländern interviewten andere Forschungsgruppen ebenfalls am 15. März Demonstrantinnen und Demonstranten. Die Ergebnisse für Deutschland waren die ersten, die nun veröffentlicht wurden. Sie gelten als repräsentativ.

Die Wissenschaftler wollten wissen: Wer sind die Schülerinnen und Schüler, die freitags für das Klima die Schule schwänzen? Handelt es sich wirklich um eine neue Protestgeneration, und mit welcher Motivation besuchen sie die Kundgebungen?

Die Befragung zeigt: Die Proteste sind nicht von einer Lobby gesteuert. Die Teilnehmenden wissen gut Bescheid über den Klimawandel. Es geht ihnen auch nicht um den Protest als Event, vielmehr hat die überwiegende Mehrheit der Befragten ihre Lebensweise bereits verändert, um selbst einen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Mehr als 80 Prozent kaufen gezielt ökologische Produkte, und mehr als zwei Drittel schränken den eigenen Konsum für das Klima ein. Fast jede und jeder Fünfte hat für den Klimaschutz schon einmal einen Politiker kontaktiert.

Dabei glauben die meisten, dass weder die Politik noch die Wirtschaft derzeit in der Lage sind, Lösungen für das Klima zu finden. Am ehesten trauen sie das noch der Wissenschaft zu. Zudem sind sie der Ansicht, dass jeder Einzelne etwas tun müsse und seinen eigenen Lebensstil ändern sollte. Sie demonstrieren trotzdem, weil sie überzeugt sind, nur durch einen breiten Protest über Ländergrenzen hinweg Druck auf die Politik aufbauen zu können, doch aktiv zu werden. Erfahrungen mit Demonstrationen haben dabei allerdings die wenigstens: Für die meisten ist es das erste Mal, dass sie für ein politisches Ziel auf die Straße gehen.

Der Protestforscher Dieter Rucht, Senior Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Mitglied des ipb-Vorstands, interpretiert die Ergebnisse als Zeichen für eine neue Protestgeneration. Eine neue Qualität sei es, dass sich die Jugendlichen und jungen

Erwachsenen überall auf der Welt selbst organisieren, sagt der Forscher. Noch wichtiger als soziale Netzwerke sind, das ergab die Befragung, aber persönliche Freunde und Bekannte. Zwei Drittel hat über diese Kanäle von den Protesten erfahren. Auch Greta Thunberg wird als Vorbild gesehen. Organisationen wie etwa Umweltverbände oder Parteien spielen dagegen fast gar keine Rolle. Sie waren nur für knapp vier Prozent der Befragten wichtig.

Überhaupt sind Parteien für die jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten nur bedingt Ansprechpartner. Auch wenn sich gut 80 Prozent der Befragten als links oder sehr links einschätzt, haben über 40 Prozent noch keine Präferenz für eine bestimmte Partei. 36 Prozent identifizieren sich mit den Grünen, zwölf Prozent sympathisieren mit den Linken. Die Volksparteien SPD und CDU werden nur von 3,2 und 1,5 Prozent der Befragten genannt, AfD und FDP gar nicht.

Die Forscher sehen darin vor allem eine Chance für die Politik. Sie könne den politisch interessierten Jungen Anschlussmöglichkeiten bieten. Offen dafür scheint die junge Generation zu sein: Gut 90 Prozent der Befragten sagen, sie seien zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen könnten. Aus Sicht der Forscher zeichnet dieser Optimismus die Protestgeneration aus.

Rucht sieht in der Fridays-for-Future-Bewegung Potenzial. Ihre Anhänger sähen Demonstrationen als eine Form der politischen Selbstermächtigung so wie auch frühere Generationen – etwa die Schüler- und Lehrlingsbewegung 1968 oder die Proteste gegen den Irakkrieg 1991.

Zwar gehen die Protestforscher davon aus, dass die Teilnehmerzahlen bei den Freitagsdemonstrationen mit abnehmendem Medieninteresse sinken werden. Sie rechnen auch nicht damit, dass aus den Demonstrationen langfristig eine neue soziale oder politische Bewegung entstehen wird. Aber sie gehen davon aus, dass die Schülerstreiks Spuren bei den einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hinterlassen werden. Die können in zwei Richtungen gehen: Im besten Fall bleiben politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger zurück, die bereit sind, ihr eigenes Verhalten für ein politisches Ziel langfristig zu verändern – im schlechtesten Fall aber eine Generation, die von der Politik enttäuscht wurde. Und gerade weil es sich um die gut ausgebildete Mittelschicht handelt, birgt das ein hohes Risiko.

Mit Vollgas ins Elektroauto-Dilemma

Holger Appel, www.faz.net, 01.04.2019

Wer heute ein Elektroauto kauft, findet alles prima. Lange Ladezeiten, kurze Reichweiten, hohe Preise und karge Ausstattung stören frühere Kunden nicht. Aber das sind nicht die Kunden von morgen. Die sind keine Enthusiasten, die sich mit Ärgernissen und Einschränkungen abfinden. Die Kunden von morgen wollen zuverlässige individuelle Mobilität, die unter allen Umständen funktioniert, die bequem ist, praktisch in der Handhabung und bezahlbar. Das Elektroauto im Jahre 2019 erfüllt keines dieser Kriterien, und ob es diese jemals erfüllen wird, darüber zerstreitet sich jetzt sogar die Autoindustrie selbst. Die Führungsetagen von Mercedes-Benz und BMW blicken fassungslos nach Wolfsburg, wo der Vorsitzende von Volkswagen nach planwirtschaftlicher Begleitung durch den Staat ruft. Herbert Diess tut dies mit der nicht ganz von der Hand zu weisenden Begründung, die Politik habe der Industrie eine überzogene Abgasgesetzgebung eingebracht, nun müsse sie die Folgen abfedern helfen. Subventionen und Sonderregelungen wären recht; die stets hochgehaltene Technologie-Offenheit möge die Regierung bitte auch preisgeben. Dass es so weit gekommen ist, zeigt, wie desaströs das von Technikenntnissen offenkundig freie Vorgehen der Politiker in Brüssel, Paris und Berlin war, allen voran die maltesische Berichterstatteerin im Umweltausschuss des Europaparlaments, Miriam Dalli, und Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Sie haben erreicht, dass für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen in Europa statt des eigentlich angedachten Minderungsziel von zwanzig Prozent bis zum Jahr 2030 ein Minus von 37,5 Prozent festgelegt wurde. Da auf dem Weg dorthin Umrechnungsfaktoren aus der bisherigen in die näher an der Realität orientierte neue Messnorm zum Tragen kommen, lässt sich der Zielwert noch nicht exakt ableiten. In etwa wird der Beschluss 70g/km CO₂ Ausstoß bedeuten, das entspricht rund drei Litern Alltagsverbrauch auf hundert Kilometern. Das ist, nach allem, was man aus den Entwicklungsabteilungen hört, und nach dem, was der gesunde Menschenverstand sagt, mit kontinuierlichem technischem Fortschritt nicht zu schaffen.

Die Elektrifizierung muss also her, schneller und intensiver als bislang gedacht. Volkswagen setzt stärker als die Konkurrenz auf *eine* Karte, das Elektroauto. Das ist weitsichtig. Oder riskant. In jedem Fall ist es teuer, so teuer, dass der Konzern die Investitionen nicht allein tragen, sondern teilweise auf den Steuerzahler abwälzen will. Aber was, wenn der Kunde trotzdem nicht zugreift? Oder wenn die Diskussion über den enormen Energieeinsatz in der Batteriefertigung aufkommt, der dazu führt, dass

man mit einem Diesel – die Schätzungen schwanken beträchtlich – bis zu 200.000 Kilometer fahren kann, bis der CO₂ Ausstoß der Akkuproduktion erreicht ist? Ob VW-Chef Diess recht hat, ist nicht ausgemacht.

Das Beharrungsvermögen bestehender Technologien und Nutzungsgewohnheiten wurde schon immer unterschätzt. Weil die Diskussion von Großstadtbewohnern beherrscht wird und weil dort der Wunsch nach lokal emissionsfreier Mobilität verständlicherweise am stärksten ausgeprägt ist, werden auch soziale Aspekte gern übersehen. Auf dem Land sind viele auf das Auto angewiesen; es muss als Erstwagen jeden Zweck erfüllen und bezahlbar bleiben. Wer alles auf Elektromobilität ausrichtet, braucht zudem eine Antwort für Bezieher geringerer Einkommen. Volkswagen arbeitet perspektivisch an einem vollelektrischen Einstiegsmodell. Es soll dem Vernehmen nach nicht unter 18.000 Euro kosten. Heute beginnt die Preisliste bei 12.000 Euro. Und was ist mit den Ladepunkten? Entlang der Autobahn werden Schnelllader errichtet, doch angenehmer als eine Stunde Zwangspause etwa alle 250 Kilometer wird es auf absehbare Zeit nicht werden. In der Stadt, dem „natürlichen“ Einsatzort des Elektroautos, mangelt es an Möglichkeiten. Anwohner haben oft keine festen Stellplätze, und ob viele Stromsäulen das Stadtbild verschönern, könnte bald zum Streitpunkt werden.

Derweil haben Audi, BMW und Mercedes des Diesels NO_x- Problem gelöst. Sie haben Motoren parat, die weniger als 30 mg/km ausstoßen. Das ist ein Viertel der nächsten, in zwei Jahren greifenden Grenzwertverschärfung und auf dem Niveau eines Benziners. Weil der sparsamere Diesel aus ideologischen Gründen zurückgedrängt wird, steigt der CO₂-Ausstoß des Individualverkehrs. Kann das sinnvoll sein? Ministerin Schulze dämmert wohl, was angerichtet worden ist. Sie sagte kürzlich, die Dieselfahrer seien genug belastet; dass der Diesel einen geringen CO₂-Fußabdruck habe und sie deshalb dagegen sei, ihn zu verteufeln. Im Übrigen halte sie auch nichts von einem Tempolimit als Symbol für Klimaschutz, weil die Zeit der Symbolpolitik vorbei sei und ein starres Tempolimit auf Autobahnen lediglich ein oder zwei Tonnen Kohlendioxid spare.

Das klingt nach neuer Vernunft. Die um ihre Arbeitsplätze bangenden Menschen in Deutschlands Schlüsselbranche werden es mit Wohlwollen hören. Möge sich die bessere Technik im fairen Wettbewerb durchsetzen.